

Zürich, 28. März 2012

Bundesamt für Sport  
z.H.v. Herrn Markus Feller  
Hauptstrasse 245- 253  
2532 Magglingen

markus.feller@baspo.admin.ch

## **Stellungnahme zum Entwurf der RiskV**

Sehr geehrter Herr Feller

Der Schweizer Vogelschutz SVS/BirdLife Schweiz ist bei mehreren Naturschutzzentren der Betreiber oder an ihnen beteiligt. Als Dachverband verfügt der SVS/BirdLife Schweiz über 450 lokale Sektionen sowie 20 Kantonalverbände und Landesorganisationen. Der SVS selber organisiert Kurse, Exkursionen und Tagungen. Ein Teil dieser Aktivitäten wird von bezahlten Leuten durchgeführt. Die Schnittstelle zur gewerbsmässigen Tätigkeit ist dabei nicht einfach zu ziehen, gerade bei jungen Leuten, die als Freelancer oder PraktikantInnen tätig sind.

Deshalb nimmt der SVS/BirdLife Schweiz wie folgt zum Entwurf der RiskV Stellung:

### **Grundsätzliche Bemerkungen**

Die Idee hinter dem Gesetz ist, gewerbsmässige Risikoaktivitäten zu regeln. Es war nie die Idee, dass geführte Wanderungen entlang von Bächen oder in einem Wald mit Schnee durch dieses Gesetz zu erfassen und zu regeln seien. Auslöser für Gesetz und Verordnung waren die durch unvernünftiges Vorgehen verursachten Unfälle insbesondere beim Canyoning.

Solche Risikotätigkeiten sollen erfasst werden, nicht aber viel mehr Tätigkeiten in der Natur, bei denen es natürlich auch zu Unfällen kommen kann, wenn zum Beispiel ein Kind auf einer geführten Exkursion in einen Bach fällt. Wegen solchen theoretisch möglichen Unfällen nun die ganze Naturbildung detailliert regeln zu wollen, kann nicht Sinn der neuen RiskV sein. Genau aber diese Gefahr besteht.

Der Bundesrat hat nur das Recht, weitere vergleichbare Risikoaktivitäten diesem Gesetz zu unterstellen und nicht das Gesetz auf normale Tätigkeiten in der Natur auszudehnen. Es kann nicht darum gehen, solche normalen Wander- oder Naturbeobachtungstätigkeiten über die Hintertür von Art. 2 Abs. 3 des Bundesgesetzes (in der Folge RiskG) zu erfassen und zu reglementieren.

Dieses Gesetz gilt für gewerbsmässig angebotene Risikoaktivitäten in gebirgigem oder felsigem Gelände und in Bach- oder Flussgebieten, in denen zugleich Absturz- oder Abrutschgefahr oder ein erhöhtes Risiko durch anschwellende Wassermassen, Stein- und Eisschlag oder Lawinen besteht, und zur Begehung besondere Kenntnisse oder besondere Sicherheitsvorkehrungen erforderlich sind, und die zugleich von Bergführern, Schneesport-

lehrerinnen, beim Canyoning, River-Rafting und Bungee-Jumping ausgeführt werden. **Dabei soll es bleiben, auch in der Verordnung.**

Die Verordnung ist äusserst unklar. So wird mit den Formulierungen nicht deutlich, ob nun das Leiten von Exkursionen durch sie betroffen sein wird.

**Antrag:** Der Entwurf der RiskV ist so von Grund auf neu zu erarbeiten, dass ausschliesslich die eigentlichen Risikoaktivitäten erfasst werden.

**Begründung:** Der vorliegende Entwurf erhöht die Rechtsunsicherheit, während eine Verordnung eigentlich die Rechtssicherheit erhöhen müsste.

## Die einzelnen Artikel

### Art. 2

**Antrag:** In Abs. 1 sind die lit a-c so zu formulieren, dass es nur um Risikosituationen geht, zum Beispiel:

- a. Gebirge bei schneebedecktem Gelände und einer Hangneigung über 30 Grad
- b. Gebirge, wo zusätzliche Hilfsmittel wie Seile, Pickel, Steigeisen und ähnliches zur Fortbewegung notwendig sind
- c. Bach- und Flussrinne mit rasch anschwellenden Wassermassen.

**Begründung:** Die Definition im Entwurf von Abs. 1 lit a-c ist viel zu breit. Damit würden sämtliche Gebiete ab Bergzone 2 erfasst. Damit würden beispielsweise auch grosse Gebiete der voralpinen Hügellandes und der Voralpen sowie fast der gesamte Jurabogen unter diese Definition fallen, obwohl nur an ganz wenigen Stellen dieser Gebiete Absturz- oder Abrutschgefahr oder ein erhöhtes Risiko von Steinschlag nach dem RiskG bestehen dürfte. Eine derart umfassende Einschränkung der bewilligungsfrei zugänglichen Gebiete ist nicht mit dem Gesetz vereinbar und nicht verhältnismässig.

Das Gleiche gilt für die Bach- oder Flussgebiete nach Art. 1 Abs. 1 RiskG, wo gemäss Entwurf RiskV faktisch alle Gewässer und ihre weite Umgebung erfasst würden. Auch das ist nicht mit dem Gesetz vereinbar und nicht verhältnismässig. Die eigentlichen Risikoaktivitäten an Gewässern sind mit Art. 2 Abs 1 lit. d-f ausreichend erfasst, so dass hier keine Ausweitung der Aktivitäten an den Gewässern nötig ist.

### Art. 7

**Antrag:** streichen

**Begründung:** Die im Gesetz nicht genannte Aufnahme von Wanderleitern wird damit begründet, dass eine Gleichbehandlung von BergführerInnen und SchneesportlehrerInnen mit WanderleiterInnen nötig sei. Das ist nicht stichhaltig. Die Gefahr besteht, dass auch weitere Berufsbilder reglementiert würden, die vergleichbare Tätigkeiten ausüben, vor allem Naturpädagogen, welche in der Natur unterwegs sind, um Umweltbildung und Naturpädagogik zu praktizieren. Das hat mit der ursprünglichen Idee des RiskG nichts mehr zu tun.

Wir bitten Sie um Berücksichtigung unserer Anträge bei der weiteren Arbeit an der RiskV und grüssen Sie freundlich

SVS/BirdLife Schweiz



Werner Müller  
Geschäftsführer